Deutsche Teilung und Verflechtung

Martin Sabrow

Die Diktatur des Paradoxons

Fragen an die Geschichte der DDR

Noch nie hat ein politischer Systemwechsel die Historiographie zeitnah zu solchen Anstrengungen mobilisiert wie der Untergang des ostdeutschen Teilstaates 1989/90. Nicht nach 1918 und schon gar nicht nach 1945 war ein vergleichbarer *furor historicus* durch das Land gefegt. Unvermittelt öffneten sich die Archive eines zerbrochenen Aktenstaates, der seine Herrschaft in fast einzigartiger Weise über die Produktion von Schriftgut ausgeübt hatte. Immer haben Zeithistoriker es mit einer Geschichte zu tun, die noch qualmt. Diesmal aber waren sie selbst zum Löschen eines Brandes aufgerufen, der immer neu angefacht wurde: durch den Willen zur Abrechnung, aber auch durch den Ruf nach dem Schlußstrich, durch politische Instrumentalisierung, aber auch durch innerfachliche Lagerkämpfe, durch publikumswirksame Enthüllungshistorie, aber auch durch ‚ostalgitische‘ Vergangenheitsverklärung. Mehr als 3000 Buchtitel sind in den ersten zehn Jahren seit der deutschen Vereinigung über die DDR erschienen, Tausende von Forschungsprojekten in derselben Zeit durch öffentliche Träger finanziert worden, zahlreiche wissenschaftliche Einrichtungen entstanden, die sich ausschließlich oder bevorzugt der Aufarbeitung der ‚zweiten deutschen Vergangenheit‘ widmen.

Doch all diese Anstrengungen haben den zukünftigen Ort der vergangenen DDR keineswegs hinreichend bestimmt, sondern im Gegenteil erst einmal unsicherer werden lassen. Die deutsche Teilungsgeschichte ist auch nach zehn Jahren intensiver Forschung so kontrovers geblieben, daß nicht einmal Einigkeit darüber besteht, ob „die SED-Diktatur“ oder „die SBZ/DDR“ ihren eigentlichen Gegenstand bilde. Die so überraschende wie kurzzeitige Zweitblüte totalitarismustheoretischer Interpretationsmodelle hat nach 1989/90 nur für die wenigen Jahre ihres

„stillen Sieges“¹ verdecken können, daß die SED-beherrschte DDR keineswegs das monolithische Gebilde war, als das ihr abruptes Verschwinden und ihre anschließende geschichtspolitische Entsorgung sie zunächst erscheinen ließ. Zahlreiche Etikettierungen der letzten Jahre, die die DDR in ironischer Ambivalenz als „kommode Diktatur“, als „Diktatur der Liebe“, als „Fürsorgediktatur“ oder auch als „Konsensdiktatur“ auf einen gemeinsamen Begriff zu bringen suchten², zeugen von der Mühe, die gegensätzlichen Perspektiven von Innen und Außen, von Oben und Unten zusammenzuschauen – sofern sie nicht sogar das resignierende Eingeständnis nahelegen, daß der zweite deutsche Staat sich begrifflicher Eindeutigkeit *a limine* entziehe. Die DDR bildet eine Vergangenheit, die sich nicht fügen will, und der Versuch ihrer Historisierung stößt auf Dilemmata und Paradoxien, die sich aus der „konstitutiven Widersprüchlichkeit“ der Sache selbst ergeben³. Ihnen gelten die folgenden Überlegungen.

I.

Die DDR wirkt auf uns nah und fremd zugleich. Sie ist nach ihrem Untergang in der öffentlichen Erinnerung des vereinigten Deutschland präsenter als sie es in der Bundesrepublik zur Zeit der Teilung gewesen war. Damals trennte die innerdeutsche Grenze zwei gegensätzliche Hemisphären, deren Unvereinbarkeit dem SED-Staat die Existenzberechtigung verleihen sollte und die so stark bis in den Lebensalltag vordrang, daß noch der selbst errungene Übertritt der DDR-Deutschen in die politische, wirtschaftliche und kulturelle Ordnung des Westens einen „Kulturschock“ verursachte, der bis heute nachwirkt⁴. Die Ontologisierung des Gegensatzes zwischen „bürgerlicher“ und „sozialistischer“ Welt ließ keinen Bereich des menschlichen Lebens aus; die inszenierte und erlebte Diskrepanz zwischen dem eigenen Selbstverständnis und dem Feindbild des imperialistischen Klassengegners im Westen reichte vom volksdemokratischen Partizipationsideal bis zum sozialistischen Moralgebot im Privatleben, vom parteilichen Wahrheitsbegriff in der Wissenschaft bis zum egalitären Herrscherhabitus der führenden Parteifunktionäre, von der „Ganzheitssemantik“ der sozialistischen Ideologiegemeinschaft bis zum alltäglichen Lebensrhythmus des Einzelnen⁵.

¹ Wolfgang Wippermann, *Totalitarismustheorien – Die Entwicklung der Diskussion von den Anfängen bis heute* (Darmstadt 1997) 1.

² Stefan Woll, *Die heile Welt der Diktatur. Alltag und Herrschaft in der DDR 1971 – 1989* (Berlin 1998); Konrad Jarausch, *Realer Sozialismus als Fürsorgediktatur*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 20 (1998) 33–46; Martin Sabrow, *Der künstliche Konsens. Überlegungen zum Legitimationscharakter sozialistischer Herrschaftssysteme*, in: *Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung* (1999) 191–224.

³ Detlef Pollack, *Die konstitutive Widersprüchlichkeit der DDR. Oder: War die DDR-Gesellschaft homogen?*, in: *Geschichte und Gesellschaft* 24 (1998) 110–131.

⁴ Wolf Wagner, *Kulturschock Deutschland. Der zweite Blick* (Hamburg 1999).

⁵ Albrecht Göschel, *Kontrast und Parallele. Kulturelle und politische Identitätsbildungen ostdeutscher Generationen* (Stuttgart, Berlin, Köln 1999) bes. 22; Thomas Abbe, *Nicht de-*

Gespaltene Ordnungen und getrennte Welten führen in epistemologische Abgründe. Im deutsch-deutschen Fall zeigt sich schon auf der alltagskulturellen Ebene das Dilemma eines „richtigen“ Bewertungsstandpunktes. Schnell hat sich die Hoffnung als naiv erwiesen, daß es sich um einen künstlichen Scheingegensatz handle, der mit dem Untergang der DDR von selbst verschwinde⁶. Längst laufen in der zeitgeschichtlichen Kulturforschung deskriptive Modelle, die die Differenz zwischen einer eher ‚essentialistischen Identität‘ der Ostdeutschen und einer eher ‚distinktiven Identität‘ der Westdeutschen beschreiben, präskriptiven Ansätzen den Rang ab, die der westlichen Normalität die östliche Fehlentwicklung gegenüberzustellen suchen⁷. Auch in *scientific communities* bestimmte die Polarität von normativer Ausgrenzung und pragmatischer Integration bis 1989 die Haltung von Westwissenschaften gegenüber ihren östlichen Konkurrenz- und Zwillingdisziplinen⁸, und sie fand nach 1989 neue Gestalt als Gegensatz von normativer Verurteilung des totalitären „Unrechtsstaates“ und pragmatischer Einfühlung in seine andersartige Eigengesetzlichkeit. Am sichtbarsten trug nach 1989/90 die bundesdeutsche Justiz an ihrer Aufgabe, die DDR-Vergangenheit rechtsförmig zu bewältigen, ohne zwischen der Skylla der bloßen „Siegerjustiz“ und der Charybdis der juristischen Unzuständigkeit für schwerste Staatsverbrechen zu zerschellen. Im Systemwettbewerb von Diktatur und Demokratie gibt es keinen äquidistanten, übergeordneten Standort. Wer mit dem Verweis auf das geltende Recht in der DDR, also streng rechtspositivistisch staatliches Unrecht legitimierte, machte sich noch im nachhinein zum Komplizen des SED-Staates; wer umgekehrt unter Berufung auf die unveräußerlichen Menschenrechte die ostdeutschen Machthaber für ihr staatliches und parteiliches Handeln in der Bundesrepublik zur Verantwortung gezogen wissen wollte, berief sich auf eine Rechtsvorstellung, die im sozialistischen System explizit als „bürgerlich“ außer Kurs gesetzt worden war. Dieser

mokratisierbar. Westdeutsche Bilder vom Osten (II), in: Deutschland Archiv 35 (2002) 112–118.

⁶ „Die Mehrheit der Noch-DDR-Bürger wollte vorbehaltlos zum westlichen Deutschland dazugehören. Sie verband damit nicht nur materielle Interessen, sondern auch die Hoffnung, sich in dieser Zugehörigkeit selbst vollständiger wiederzufinden.“ Uwe Thaysen, *Der runde Tisch. Oder: Wo blieb das Volk? – Der Weg der DDR in die Demokratie* (Opladen 1990) 193.

⁷ Eine skurrile Variante der präskriptiven Sicht ist die sogenannte „Töpfchenthese“ des niedersächsischen Kriminologen Christian Pfeiffer. Vgl. zur anhaltenden Diskussion über die Überzeugung, daß eine von falschen Maximen geleitete Kindererziehung in der DDR für die grassierende Gewaltbereitschaft in den neuen Bundesländern verantwortlich sei: Dieter E. Zimmer, *Ein Kind ist schwer zu verderben. Es war nicht die autoritäre DDR-Schule, die Rechtsradikale heranzüchtete. Es war nicht der antiautoritäre Kinderladen, der Verwahrlosung gebar. Streitschrift wider den Glauben an die Allmacht der Erziehung*, in: Die Zeit Nr. 29 (15. 7. 1998) 15.

Als frühes Beispiel einer normativen Distanzierung von einer vermeintlich ‚verzweigten und verhunzten‘ DDR-Population vgl. Arnulf Baring, *Deutschland, was nun? Ein Gespräch mit Dirk Rumberg und Wolf Jobst Siedler* (Berlin 1991).

⁸ Für den Bereich der Geschichtswissenschaft: Konrad H. Jarausch, Matthias Middell, Martin Sabrow, *Störfall DDR-Geschichtswissenschaft. Problemfelder einer kritischen Historisierung*, in: dies., Georg G. Iggers, *Die DDR-Geschichtswissenschaft als Forschungsproblem* (München 1998) 1–50, bes. 6 ff.

letztenannte Standpunkt setzte sich, wie wir wissen, zunächst durch und führte dann zu der erst 1995 vom Bundesverfassungsgericht unterbundenen Widersinnigkeit, daß in der Bundesrepublik tätig gewesene DDR-Spione dort nach 1989 wegen geheimdienstlicher Tätigkeit für eine fremde Macht, also wegen Landesverrats an der Bundesrepublik belangt werden konnten⁹. Vor dem gleichen Strukturproblem steht die Verfolgung von Unrechtshandlungen im SED-Staat durch bundesdeutsche Gerichte. Sie darf nach dem Rückwirkungsverbot weder auf eine bloße Übertragung bundesdeutscher Rechtsnormen (die in der DDR nicht galten) gründen, noch kann sie sich unmittelbar aus dem Rechtssystem der DDR ergeben, das selbst Instrument der sozialistischen Diktatur war. Die unter Entscheidungszwang stehende juristische Bewältigung behalf sich mit einer Konstruktion, die das Dilemma zwischen dem positivem Recht eines Staates und den übergreifenden Normen des Naturrechts nicht löst, aber einen pragmatischen Ausweg aus ihm weist: Unter Rückgriff auf die „Radbruchsche Formel“, nach der es auch ein ‚gesetzliches Unrecht‘ geben könne, das aus Gründen, die dem positiven Recht übergeordnet seien, rechtsunwirksam sein müsse, verfolgt sie Unrechtshandlungen des SED-Regimes aus bundesdeutschem Rechtsverständnis und zugleich unter Anwendung ostdeutscher Rechtsvorschriften, die natürlich niemals zur Verfolgung von Regierungskriminalität gedacht gewesen waren.

Doch was der Justiz recht ist, muß der Wissenschaft noch nicht billig sein. Die Forschung der letzten zehn Jahre hat gezeigt, wie kurzschlüssig Analysen sein können, die im Westen oder sogar weltweit außerhalb des sowjetischen Machtgürtels anerkannte Normen und Anschauungen umstandslos auf ein politisch durchherrschtes Gesellschaftsgebilde übertragen, das seine Existenz maßgeblich auf die Geschlossenheit seiner künstlichen Welt gründete. Wer die Maßstäbe des Rechtsstaates zugrunde legt, sieht in der DDR zwangsläufig den Unrechtsstaat und erkennt die Funktionslogik ihrer Rechtsfindung, die dem Imperativ einer diktatorischen Gerechtigkeit folgte. Am unverstelltesten begegnet die unaufhebbare Differenz zwischen evaluierender und historisierender Betrachtung im Umgang mit dem Wissenschaftserbe des SED-Staates. Nur oberflächlich läßt sich etwa die zweite deutsche Geschichtswissenschaft in einem aus der westlichen Fachtradition entlehnten Untersuchungsmodell zwischen den Polen der Parteilichkeit und der Professionalität abbilden, die zwischen politisch stärker und schwächer deformierten Bereichen, zwischen „guter“ und „schlechter“ Wissenschaft unterscheidet, also etwa der – relativen – Wahrheitstreue der Reformationsgeschichtsschrei-

⁹ Ein entsprechender Versuch, die *gegen* die Bundesrepublik gerichtete Spionagetätigkeit des MfS als Landesverrat *an* der Bundesrepublik zu belangen, hatte infolge der offensichtlichen Absurdität der aus ihm resultierenden Urteile keinen Bestand: Am 15. 5. 1995 setzte das Bundesverfassungsgericht die vom Territorium der DDR aus betriebene Spionagetätigkeit außer Strafverfolgung, und am 18. 10. 1995 kassierte der Bundesgerichtshof daraufhin ein am 6. 12. 1993 gegen den langjährigen Chef der Hauptverwaltung Aufklärung Markus Wolf ergangenes Urteil wegen Landesverrats in Tateinheit mit Bestechung. Vgl. *Karl Wilhelm Fricke*, Markus Wolf vor Gericht, in: *Deutschland Archiv* 27 (1994) 6–9; *ders.*, Die rechtsstaatliche Ahndung von Spionage für die DDR, in: *Deutschland Archiv* 28 (1995) 881 f.

bung die – relative – Bereitschaft zur Wahrheitsunterdrückung der Faschismusforschung oder gar der DDR-Geschichtsschreibung gegenüberzustellen. Erst nähere Beschäftigung lehrt, daß der Dialog mit der Vergangenheit in der DDR Regeln folgte, für die Parteilichkeit und Professionalität, Wissenschaft und Politik durchaus keine kardinalen Gegensätze bildeten. Auch DDR-Historiker pflegten nicht zielgerichtet zu fälschen und schrieben nicht etwa eine Geschichte, an die sie selbst am allerwenigsten geglaubt hätten. Vielmehr arbeiteten sie innerhalb eines nach westlichem Verständnis befremdlich anderen Geschichtssystems, in dem die historische Wahrheit maßgeblich durch fachlichen Konsens festgestellt wurde, in dem westliche Normen wie Pluralität und Innovativität einen geringen und das Ideal der richtigen Erkenntnis einen hohen Stellenwert besaßen.

Diese Erkenntnis gilt nicht nur für die Sinnprovinz der Wissenschaftsgeschichte: Um die andere Verfaßtheit von Staat und Gesellschaft der DDR insgesamt zu erhellen, ist es erkenntnisverstellend, die Geltungskraft der eigenen, westlichen Denk- und Wertmaßstäbe unreflektiert auf sie zu übertragen, die sich in ihrer Eigen-Art nur mit der Distanz ethnographischer Nüchternheit erfassen läßt. Damit allerdings begibt die Historisierung sich paradoxerweise der historischen Einordnung: Sie liefert die geschichtliche Erklärung und untergräbt zugleich die geschichtliche Distanzierung¹⁰.

II.

Der Charakter der DDR als Teilungsstaat in einer bipolaren Welt bringt es mit sich, daß ihre Geschichte sich in drei unterschiedliche Koordinatensysteme einbetten läßt, die gleichrangig nebeneinander stehen und sich teils verschränken, teils widersprechen, aber jedenfalls zu unterschiedlichen Narrativen führen: zum einen ein nationalgeschichtliches, zum anderen ein blockgeschichtliches und schließlich ein systemgeschichtliches. Von nationalgeschichtlicher Warte her läßt sich die Gründung der DDR als „eine deutsche Möglichkeit“ befragen und ihr Niedergang 1989 als Antwort der im Kern unzerstörten Nation auf die ihr zugefügte Spaltung verstehen: „Die DDR – keine deutsche Möglichkeit, sehr wohl aber eine, wenn auch zeitweilige, deutsche Wirklichkeit“, pointierte Peter Graf Kielmansegg diese Sicht in seiner Bilanz einer deutschen Teilung, die im tiefsten

¹⁰ Eine umgekehrte Lösung desselben Dilemmas sucht die Nationalgeschichte Heinrich August Winklers, die doppelte Distanz wahrt, indem sie beide deutschen Teilgeschichten als Sonderwege erzählt – und sich trotzdem für einen eindeutigen Werthorizont entscheiden muß, um sich nicht des historischen Urteils zu begeben: „Die Wertmaßstäbe, von denen ich ausgehe, sind die der westlichen Demokratie. Mein Freiheitsbegriff ist nicht der relativistische, [...] sondern der wertbetonte des Grundgesetzes – der deutschen Verfassung, in der die Verfassungen der politischen und der Verfassungsgeschichte Deutschlands im Hegelschen Sinne ‚aufgehoben‘ sind. [...] Was in der DDR geschah, beurteile ich folglich nicht ‚systemimmanent‘, was auf gehobenen Positivismus hinausläufe.“ *Heinrich August Winkler, Der lange Weg nach Westen. Bd. 2 Deutsche Geschichte vom „Dritten Reich“ bis zur Wiedervereinigung* (München 2000) IX.

ohne historischen Sinn gewesen sei¹¹. Unter dieser Voraussetzung erscheint die deutsche Vereinigung wie selbstverständlich als *Wieder*-Vereinigung, als Wiederherstellung einer mit der Besetzung Deutschlands 1945 zerstörten Normalität, die sich nicht zuletzt einem in der Substanz ungebrochenen Bekenntnis zur Nation verdanke¹², und als Rückkehr zur Unbefangenheit im angestammten Kreis der *global players*. Die Zeit der deutschen Teilung dagegen bildet dasselbe Paradigma als Sonderweg eigener Art ab, nämlich als teils sympathische, teils unerträgliche Provinzialität zweier deutscher Teilstaaten in ihrer „dialektischen Einheit“¹³, die im Schatten ihrer jeweiligen Großmächte den Entscheidungsfragen der Weltpolitik ausweichen konnten. Aus einer solchen nationalgeschichtlichen Perspektive relativiert die Zäsur des Jahres 1989 die des Jahres 1945¹⁴ und stellt sich die DDR als ein vielleicht unvermeidliches, aber jedenfalls glücklich überwundenes Hindernis zur Rückbesinnung auf die nationalen Traditionslinien der Vergangenheit und zur Reformulierung nationaler Interessen für die Zukunft dar¹⁵ – oder auch

¹¹ Peter Graf Kielmansegg, *Nach der Katastrophe. Eine Geschichte des geteilten Deutschland* (Berlin 2000) 625 f. „Die DDR hat in den vier Jahrzehnten ihrer Existenz der Zweistaatlichkeit keinen historischen Sinn gegeben. So war, als das Experiment DDR an sein Ende kam, die Rückkehr zum Nationalstaat für die meisten Deutschen hüben wie drüben immer noch die plausibelste Antwort auf die Teilungserfahrung.“ Ebd. 626.

¹² „Die Forderungen nach einer staatlichen Einheit der Deutschen bereits kurz nach dem Fall der Berliner Mauer legen die Vermutung nahe, daß trotz der Ausbildungen von Identifikationen mit ihrem jeweiligen Teilstaat ein gesamtdeutsches Nationalbewußtsein existierte.“ Werner Weidenfeld, Karl-Rudolf Korte, *Nation und Nationalbewußtsein*, in: *dies.* (Hrsg.), *Handbuch zur deutschen Einheit 1949 – 1989 – 1999* (Bonn 1999) 572–578, hier 575. Eine Integration der empirischen Befunde über die wesentlich auch ökonomisch geprägten Motive der ostdeutschen Bürger, die 1990 auf eine möglichst rasche Vereinigung der beiden deutschen Staaten drängten, gelingt den beiden Autoren freilich nur über eine sehr weitgefaßte Definition von Nationalbewußtsein: „Daß es nach dem 9. November nicht zum Nationalrausch kam, hing maßgeblich auch mit einer modernen Ausprägung des Nationalbewußtseins zusammen, wie es sich in Westdeutschland herausgebildet hatte. Der Prozeß der staatlichen Einheit vollzog sich kaufmännisch, unter Kosten-Nutzen-Gesichtspunkten. [...] Bei den Bürgern in den neuen Bundesländern verbarg sich hinter dem Einheitsverlangen ebenfalls kein großdeutscher Nationalismus, sondern vielmehr das Streben nach individuellem Glück.“ Ebd. 576.

¹³ Den Begriff prägte Karl Dietrich Erdmann, um „der Gegensätzlichkeit und engen Aufeinanderbezogenheit der beiden Gesellschaftssysteme auf deutschem Boden“ Rechnung zu tragen: Drei Staaten – zwei Nationen – ein Volk? Überlegungen zu einer deutschen Geschichte seit der Teilung, in: *GWU* 36 (1985) 671–683, hier 682.

¹⁴ So bei Horst Möller im doppelten Rückblick auf 1945 und 1989: „Die Paradoxie der heutigen Konstellation liegt darin, daß das Ende auch der zweiten geschichtsmächtigen totalitären Diktatur die transitorische Bedeutung des Jahres 1945 erwiesen hat, doch eine Lösung der Probleme dieses Jahrhunderts im Osten Europas immer noch aussteht.“ Die Relativität historischer Epochen: Das Jahr 1945 in der Perspektive des Jahres 1989, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 18–19 (1995) 3–9, hier 9.

¹⁵ So bei Hans-Peter Schwarz, *Die Zentralmacht Europas. Deutschlands Rückkehr auf die Weltbühne* (Berlin 1994). Zu den methodischen Implikationen dieses Blicks auf die geteilte deutsche Vergangenheit vgl. auch Gregor Schöllgen, *Nach dem Ende der drei Weltkriege. Welche neuen Aufgaben und Herausforderungen stellen sich einer künftigen Zeitgeschichte?*, in: *Süddeutsche Zeitung* (6./7. 11. 1999).

ganz im Gegenteil als die historisch angemessene Buße für nationale Hybris; diese gebotene nationale Selbstbescheidung habe die bundesdeutsche Politik mit Kanzler Kohl an der Spitze dann in geschichtsvergessenem Hochmut beiseite gerückt¹⁶. Unabhängig von ihren politischen Implikationen wirft eine solche Sicht wichtige Probleme auf. Hierzu zählt etwa die vergleichende Frage nach dem Fortleben historischer Traditionen in den beiden deutschen Teilstaaten¹⁷. Wenn Lothar de Maizière, der letzte Ministerpräsident der DDR, im Kontext der deutschen Währungsunion im Sommer 1990 davon sprach, daß die Bundesrepublik mit der sich anbahnenden Vereinigung östlicher und protestantischer werde, dann stand dahinter der Glaube, daß die DDR mehr an kultureller Eigenheit und überkommener deutscher Identität bewahrt habe als der Bonner Teilstaat. Und war nicht die DDR trotz aller Propaganda gegen die reaktionäre Kontinuität von Bismarck bis Adenauer in Wahrheit selbst eine Art „rotes Preußen“, das in seiner anti-westlichen Haltung und in seiner sozialen Militarisierung den deutschen Sonderweg fortsetzte, den die Bundesrepublik in der Phase ihrer radikalen Westernisierung aufgegeben hatte?

Aus einem deutsch-deutschen Blickwinkel tritt hervor, wie parallel die deutsche Geschichte in der Zeit der Teilung verlief, ohne daß diese Parallelität Gemeinsamkeit bedeuten mußte. Beide Teilstaaten nahmen ihren Ausgang in Kriegsniederlage und Besatzungsregime, beide waren Nachfolgestaaten des Hitlerreiches, und auf beiden lastete dieselbe Hypothek des nationalsozialistischen Menschheitsverbrechens, die es zu „bewältigen“ galt. Der eine wie der andere erlebte einen nach dem Ende des Krieges zunächst nicht für möglich gehaltenen Wirtschaftsaufstieg. Die Bundesrepublik wie die DDR wurden im Ost-West Konflikt verlässlicher Teil, ja Musterknabe ihres jeweiligen Weltblocks, dessen Werteordnung sie in einem auch kulturellen Integrationsprozeß nicht ohne Konflikte übernahmen. Beide Teilstaaten suchten sich von ihren jeweiligen Abhängigkeiten im Laufe der Jahre vorsichtig zu emanzipieren und Handlungsspielräume zu gewinnen. Beide standen sie schließlich zeit ihrer Existenz vor der Frage nach ihrer Stellung zur Nation; beide hielten zunächst über zwei Jahrzehnte an der Idee eines einheitlichen Deutschlands fest, und beide lösten sich dann im Laufe der siebziger und achtziger Jahre von ihr, ohne für diesen erklärten Abschied von der Nation besonderes Zutrauen bei ihren jeweiligen Bündnispartnern zu finden¹⁸.

¹⁶ So argumentierte in November 1989 etwa der Grünen-Politiker Joschka Fischer, für den die „nach dem 8. Mai 1945 in Europa errichtete Nachkriegsordnung [...] ein wesentliches Ziel bis auf den heutigen Tag (hatte): Die Fieberschauer eines gewalttätigen deutschen Nationalismus sollen nie wieder Europa ängstigen, und Deutschland soll deshalb nie wieder zu einer kriegsführenden Großmacht werden können.“ *Joschka Fischer, Thesen zu einer neuen grünen Deutschlandpolitik*, in: *die tageszeitung* (16. 11. 1989). Ebenso auch noch in den Folgejahren Günter Grass: „Wer gegenwärtig über Deutschland nachdenkt und Antworten auf die ‚Deutsche Frage‘ sucht, muß Auschwitz mitdenken.“ *Günter Grass, Rede eines vaterlandslosen Gesellen*, in: *Die Zeit* (9. 2. 1990).

¹⁷ *Hans Günter Hockerts, Zeitgeschichte in Deutschland. Begriff, Methoden, Themenfelder*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 29–30 (1993) 3–19, hier 18f.

¹⁸ Peter Bender hat in einer anregenden Studie versucht, aus diesen Gemeinsamkeiten einer

Und behielten die mißtrauischen Nachbarn der Deutschen nicht recht, als der Ruf der ostdeutschen Demonstranten im Dezember 1989 plötzlich nicht mehr „Wir sind das Volk“ lautete, sondern „Wir sind *ein* Volk“¹⁹?

Spätestens hier zeigte sich, daß die Zusammengehörigkeit der beiden deutschen Entwicklungslinien auch in der Ost-West-Spaltung nie verloren ging. Vor allem die DDR blieb immer so untrennbar auf die Bundesrepublik bezogen und mit ihr verflochten, daß die Abgrenzung von ihr, die Konkurrenz mit ihr und die heimliche Orientierung an ihr die eigentliche *raison d'être* des zweiten deutschen Staates ausmachte. Umgekehrt gilt dies weit weniger. Wohl hatte auch das westdeutsche Wirtschaftswunder eine seiner Wurzeln im beständigen Zustrom gut ausgebildeter Arbeitskräfte aus der DDR²⁰; das Konzept der sozialen Marktwirtschaft entstand nicht ohne die Konkurrenz mit der sozialistischen deutschen Alternative; auch die antikommunistische Integrationsideologie der Bundesrepublik lebte von ihrer Abgrenzung gegenüber dem deutschen Stalinstaat, und selbst Adenauers Wahlsiege 1949 und 1953 werden erst vor der Folie der ostdeutschen Entwicklung in dieser Zeit ganz verständlich. Nur für die DDR aber wurde der andere deutsche Staat das geheime Referenzsystem, das es anfangs mit utopischem Überlegenheitsanspruch selbst auf den entlegensten Feldern zu schlagen²¹, später immerhin noch zu „überholen ohne einzuholen“ galt und das schließlich wenigstens in seinem bedrohenden Einfluß kanalisiert werden sollte.

Um dieser strukturellen Ungleichheit der deutsch-deutschen Beziehungen Rechnung zu tragen, hat sich ein Deutungsmodell durchgesetzt, das die Entwicklung der beiden deutschen Staaten als asymmetrisch verflochtene Parallel- und Abgrenzungsgeschichte begreift²². In ihm haben neben Vergleichsfragen im eigentlichen Sinne Untersuchungen zu den parallelen und gegensätzlichen Ent-

im doppelten Sinne geteilten Entwicklung Ansatzpunkte für eine gesamtdeutsche Parallelgeschichte zu finden, die dennoch der Andersartigkeit der beiden Teilstaaten gerecht wird. *Peter Bender*, Episode oder Epoche. Zur Geschichte des geteilten Deutschland (München 1996).

¹⁹ Im westlichen Ausland wurde der Zusammenbruch der DDR vom Tag der Maueröffnung an überwiegend ganz selbstverständlich aus einem nationalgeschichtlichen Paradigma heraus als Schritt zur Wiedergewinnung der staatlichen Einheit gedeutet.

²⁰ *Arnold Sywottek*, Nach zwei deutschen Diktaturen? Über Perspektiven deutscher Gesellschaftsgeschichte im 20. Jahrhundert, in: *Arnd Bauerkämper, Martin Sabrow, Bernd Stöver* (Hrsg.), Doppelte Zeitgeschichte. Deutsch-deutsche Beziehungen 1945–1990 (Bonn 1998) 353–363, hier 361.

²¹ Bis in welche Skurrilität diese Konkurrenzfixierung sich versteigen konnte, mag als Beispiel unter vielen der verbissene Wettlauf illustrieren, mit dem das DDR-Fernsehen der geplanten Einführung eines „Sandmännchens“ im Kinderprogramm des „Senders Freies Berlin“ zuvorkommen wollte. Der „Deutsche Fernsehfunk“ der DDR gewann das Rennen schließlich mit zehn Tagen Vorsprung. *Siegfried Stadler*, Schlafes Brüder, zur Sonne, zum Planeten Gugel. Ein Wendegewinner: Warum Walter Ulbricht unsere Kinder auch heute noch zu Bett bringt, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* (9. 11. 1999).

²² *Christoph Kleßmann*, Verflechtung und Abgrenzung. Aspekte der geteilten und zusammengehörigen deutschen Nachkriegsgeschichte, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 29–30 (1993) 30–41; *ders.*, *Martin Sabrow*, Zeitgeschichte in Deutschland nach 1989, in: *Aus Parlament und Zeitgeschichte* 39 (1996) 3–14.

wicklungen in beiden deutschen Staaten ebenso Platz wie die Analyse ihrer Kooperations- und Konkurrenzbeziehungen und natürlich die von West nach Ost wie von Ost nach West wirkenden Transfereinflüsse. Auf dieser Grundlage läßt sich auch der unterschiedliche Ausgang des Modernisierungsschubs erörtern, von dem beide deutsche Staaten nach ihrer Gründung erfaßt wurden. Emphatischer ergriff zunächst die DDR die Chance einer auf den „Fortschritt“ setzenden Abgrenzung vom Staat Hitlers, während die Entwicklung der frühen Bundesrepublik durch eine „stille Modernisierung“ unter kultureller Rückbesinnung auf die vom Nationalsozialismus zerstörten Werte gekennzeichnet war. Am Ende aber zeigte sich, daß die Bundesrepublik den Weg in die westliche Moderne von der Institutionenordnung des Grundgesetzes über die zivilgesellschaftliche Wende von 1967/68 bis hin zur informationellen Revolution am Ende der achtziger Jahre entschlossener zu gehen wußte, während das SED-Regime letztlich nicht zuletzt auch an seiner mangelnden Modernisierungsfähigkeit zugrunde ging²³. Im Vergleich zur Bundesrepublik blieb die DDR in vielen Bereichen der weniger moderne Staat. Sie entwickelte sich letztlich zu einer „semimodernen Mischgesellschaft“²⁴, in der moderne Rationalitätskriterien wie ökonomische Effizienz und rechtliche Zulässigkeit unterrepräsentiert waren und die in modernen Gesellschaften selbständigen Subsysteme von Politik, Recht, Wirtschaft und Öffentlichkeit institutionell in hohem Maße fusionierten²⁵. Dieser Verlust und die Zurückdrängung intermediärer Aushandlungsinstanzen wie etwa freier Gewerkschaften begünstigte wiederum die Entstehung und die Ausbildung eines paternalistischen Fürsorgesystems, welches das Verwaltungshandeln für politische Ad-hoc-Eingriffe weit öffnete und in der Rechtsprechung formales Recht durch ein diktatorisches Ideal materialer Gerechtigkeit zu ersetzen trachtete.

Breitere Akzeptanz als die nationalgeschichtliche Perspektive, die die Nähe der DDR zur Bundesrepublik betont, besitzt allerdings – und besonders in der alten Bundesrepublik – das zweite hier zu nennende Deutungsmuster. Es schaut umgekehrt auf die Distanz der DDR zum Westen und betont ihre Einbindung in das sowjetische Satellitensystem. Die Sowjetisierung des östlichen Deutschland ließ keinen gesellschaftlichen Bereich außer Betracht und machte die DDR, wie Pjotr Abrassimov einmal sagte, zu einem *homunculus sovieticus*. Sowjetischem Vorbild folgten nicht nur Politik und Wirtschaft im SED-Staat, sondern auch die kulturelle Neugestaltung und selbst die Reorganisierung der Hochschulen. Der radikale Umbau der Wissenschaftslandschaft der DDR setzte sozialistische Großfor-

²³ Pollack zufolge verwandelte die DDR mit ihrer systemspezifischen politischen Reglementierung der gesellschaftlichen Entwicklung sich zunehmend in eine „gefesselte Gesellschaft“. Detlef Pollack, Wie modern war die DDR, in diesem Band.

²⁴ Detlef Pollack, Kirche in der Organisationsgesellschaft. Zum Wandel der gesellschaftlichen Lage der evangelischen Kirche in der DDR (Stuttgart 1994) 76.

²⁵ Rainer M. Lepsius, Die Institutionenordnung als Rahmenbedingung der Sozialgeschichte der DDR, in: Hartmut Kaelble, Jürgen Kocka, Hartmut Zwahr (Hrsg.), Sozialgeschichte der DDR (Stuttgart 1994) 17–30. Zum Modernecharakter der DDR auch: Ilja Srubar, War die DDR modern?, in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie 43 (1991) 415–432; Wolfgang Engler, Die ungewollte Moderne: Ost-West-Passagen (Frankfurt a.M. 1995).

schungseinrichtungen an die Stelle der überkommenen Gelehrtenengesellschaften und der auf Wilhelm v. Humboldt zurückgehenden Einheit von Lehre und Forschung. Unabhängig von der Frage, wie tief die „Veröstlichung“ der DDR-Gesellschaft tatsächlich reichte²⁶, blieb die Orientierung am sowjetischen Vorbild, das sie oftmals sogar zu übertreffen suchte, eine strukturelle Konstante in der Geschichte der DDR²⁷.

Es gibt wenige Themen der DDR-Geschichte, die sich ohne Blick auf die Hegemonie der Sowjetunion und die Integration des ostdeutschen Teilstaates in den Ostblock bearbeiten lassen. Dies gilt für die Transformation der sowjetischen Besatzungszone in den vierziger Jahren ebenso wie für die forcierte Stalinisierung nach 1948 und für den Neuen Kurs ab Frühsommer 1953. Die Sowjetunion blieb der entscheidende Garant der SED-Herrschaft, wie die Welt im Juniaufstand 1953 miterleben mußte und wie noch Breschnew im Vorfeld der Ablösung Ulbrichts 1970 Honecker wissen ließ: „Erich, ich sage Dir offen, vergiß das nie: Die DDR kann ohne uns, ohne die Sowjetunion, ihre Macht und Stärke, nicht existieren. Ohne uns gibt es keine DDR. Die Existenz der DDR entspricht unseren Interessen, den Interessen aller sozialistischen Staaten.“²⁸ Über die Außen- und Deutschlandpolitik der SED-Führung entschied allein Moskau. Dies mußte Ulbricht im Zusammenhang mit den sogenannten Stalin-Noten 1952 und dem Mauerbau 1961 ebenso erfahren wie Honecker 1984 bei seinem – bis 1987 vergeblichen – Bemühen um die sowjetische Zustimmung zu seinem geplanten Staatsbesuch in Bonn.

Die erste deutschlandpolitische Entscheidung von Rang, die die SED-Führung selbst traf, war auch schon ihre letzte, und dies war die eigenmächtige Verkündung eines Reisegesetzes auch für Berlin am 9. November 1989 durch Günter Schabowski²⁹. In Moskau lag im Februar 1990 der Schlüssel zur deutschen Einheit, und sowjetischem Vorbild folgten die Kampagnen und Krisen des SED-Regimes vom Sturm auf die Festung Wissenschaften über die Tauwetterphase bis zur Entspannungszeit und der neuen Beziehungsverhärtung am Ende der siebziger Jahre. Unter den sowjetischen Satelliten aber bildete die DDR den einzigen Staat, der neben seiner sozialistischen nicht auch über eine nationalstaatliche Le-

²⁶ Diese Frage erörtert am Beispiel ostdeutscher Vorstellungen über die Sowjetunion während der beginnenden Hochphase der „Sowjetisierung“: *Simone Barck*, Die fremden Freunde. Historische Wahrnehmungsweisen deutsch-sowjetischer Kulturbeziehungen in der SBZ 1948 und 1949, in: *Konrad Jarausch, Hannes Siegrist* (Hrsg.), Amerikanisierung und Sowjetisierung in Deutschland 1945–1970 (Frankfurt a.M., New York 1997) 335–359. Vgl. auch *Norman Naimark*, Die Russen in Deutschland (Berlin 1997).

²⁷ *Michael Lemke*, Die Sowjetisierung der SBZ/DDR im ost-westlichen Spannungsfeld, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 6 (1997) 41–53; *ders.* (Hrsg.), Sowjetisierung und Eigenständigkeit in der SBZ/DDR (1945–1953) (Köln, Weimar, Wien 1999); *Klaus Schroeder* unter Mitarbeit von *Steffen Alisch*, Der SED-Staat. Geschichte und Strukturen der DDR (München 21999) 592ff.

²⁸ Protokoll einer Unterredung zwischen L. I. Breschnew und Erich Honecker am 28. Juli 1970, zit. in: *Peter Przybylski*, Tatort Politbüro. Die Akte Honecker (Berlin 1991) 281.

²⁹ Zu den Vorgängen, die den Fall der Mauer herbeiführten: *Hans Hermann Hertle*, Der Fall der Mauer. Die unbeabsichtigte Selbstauflösung des SED-Staates (Opladen, Wiesbaden 21999).

gitimation verfügte, so sehr er sich mit der künstlichen Schöpfung einer „DDR-Nation“ in den siebziger Jahren auch darum bemühte; und dies vor allem verlieh ihm aus der Sicht seiner ostmitteleuropäischen Nachbarn seinen besonders verbissenen Charakter als „nüchternste Baracke im sozialistischen Lager“. Im synchronen Vergleich der Diktaturen Ostmitteleuropas, aber auch in den blockübergreifenden Beziehungen der DDR treten neben den großen Übereinstimmungen auch einzelne Anstrengungen zur Formulierung einer eigenständigen Politik etwa in der Spätphase der Ulbricht-Periode und der Suche nach innerdeutschen Handlungsspielräumen hervor, die dem Bild der DDR erst seine Plastizität geben und die in der zeithistorischen DDR-Forschung eine immer größere Rolle spielen³⁰.

Die nationalgeschichtliche Perspektive ordnet die DDR in eine – bei aller systembedingten Gegensätzlichkeit – gemeinsame deutsche Geschichte ein, während das blockgeschichtliche Deutungsmuster sie umgekehrt aus ihr herauslöst. Das dritte hier zu erwähnende Koordinatensystem zur Verortung der DDR hebt hingegen auf die doppelte säkulare Auseinandersetzung zwischen Diktatur und Demokratie und zwischen sowjetischem Sozialismus und liberalem Kapitalismus ab, die nach Eric Hobsbawm das eigentliche Signum des kurzen 20. Jahrhunderts von 1917 bis 1989/90 bildet³¹. Aus dieser Sicht beginnt die Geschichte der DDR mit der auf Stalin-Kurs gehenden kommunistischen Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik und ihrer Verfolgung durch die Hitler-Diktatur, die mit ihrer Vernichtungs- und Selbstvernichtungsdynamik den Boden bereiten sollte für die zweite deutsche Diktatur unter Ulbricht und Honecker, bis dann die freiheitliche Rechtsordnung als Sieger aus dem Ringen zwischen Diktatur und Demokratie hervorging. In einer solchen Kontrastgeschichte zwischen demokratischem und diktatorischem Prinzip, aber auch zwischen liberaler Markt- und zentraler Verwaltungswirtschaft treten die grundsätzlichen Verschiedenheiten zwischen totalitärer und freiheitlicher Gesellschaftsordnung hervor, die die zeithistorische Forschung in den ersten Jahren nach 1989 zunächst besonders stark beschäftigt haben³². In dieser Geschichte kommt dem Fall der Berliner Mauer im Herbst 1989

³⁰ Ein Überblick über den Forschungsstand bei: *Michael Lemke*, Einleitung, in: *ders.* (Hrsg.), *Sowjetisierung und Eigenständigkeit* (Köln 1999) 11–30, hier 23 ff., und – unter Ausklammerung der DDR –: *Leonid J. Gibianskij*, *Sowjetisierung Osteuropas – Charakter und Typologie*, in: ebd. 31–79.

³¹ *Eric Hobsbawm*, *Das Zeitalter der Extreme. Weltgeschichte des 20. Jahrhunderts* (München, Wien 1994) 20 ff.

³² Ein Resümee dieser Debatte um den Diktaturcharakter der DDR und seine Beziehung zur NS-Diktatur bot 1994 die öffentliche Anhörung „Zur Auseinandersetzung mit den beiden Diktaturen in Deutschland in Vergangenheit und Gegenwart“ der Bundestags-Enquête-Kommission zur Aufarbeitung des SED-Staates, abgedruckt in: *Materialien der Enquête-Kommission „Zur Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“*, Bd. IX (Baden-Baden 1995) 574–777. Zur Erklärungskraft der Totalitarismustheorie(n) in bezug auf die DDR und die kommunistische Staatenwelt insgesamt: *Eckhard Jesse*, *War die DDR totalitär?*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 40 (1994) 12–23; *Ralph Jessen*, *DDR-Geschichte und Totalitarismustheorie*, in: *Berliner Debatte INITIAL* (4/5 1996) 17–24; *Eckhard Jesse* (Hrsg.), *Totalitarismus im 20. Jahrhundert. Eine Bilanz der internationalen*

eine zeitgeschichtliche Schlüsselfunktion zu als, wie der amerikanische Präsident Bill Clinton betonte, einem „der glücklichsten Tage des Jahrhunderts“³³. Der Untergang der DDR und des sozialistischen Lagers insgesamt erscheint so als ein historischer Sieg des Rechts über die Gewalt, und er fügt sich in das umfassende Projekt Moderne, das trotz aller Rückschläge den Glauben an den menschlichen Fortschritt und an menschliche Zivilität schließlich doch nicht hat aufgeben müssen.

Nicht weniger grundsätzlich zwingt ein anderes Dilemma zu einer Entscheidung zwischen zwei entgegengesetzten Narrativen desselben Geschehens: Soll die Geschichte der DDR stärker vom Anfang oder vom Ende her geschrieben werden³⁴? Bildete sie einen von Anfang an zum Scheitern verurteilten Unrechtsstaat, der nie zu einer staatlichen Legitimation finden konnte und dem Untergang geweiht war, sobald ihm die äußere Bestandsgarantie durch die militärische Macht der Sowjetunion entzogen wurde³⁵? Oder ist sie umgekehrt vor allem von ihrem Anfang her und genetisch zu begreifen, also ein bei allen Einschränkungen legitimes oder zumindest historisch plausibles sozialistisches Experiment, das im Kalten Krieg die historische Chance für einen antifaschistischen Neuanfang gebildet habe, dann aber letztlich – je nach Standpunkt – an gegnerischer Stärke oder eigener Schwäche gescheitert sei? Bis 1989 dominierte die genetische Sicht ebenso selbstverständlich, wie bald nach 1989 ein teleologischer Blickwinkel vorherrschte und bis heute fortwirkt, der im Wissen um das Ende den „Untergang auf Raten“ womöglich schon 1953 einsetzen und mit einer alle Höhen und Tiefen einebnenden Folgerichtigkeit auf den Zusammenbruch des Staates hinsteuern läßt³⁶.

Forschung (Bonn 1996); *Hans Maier* (Hrsg.), *Totalitarismus und Politische Religionen. Konzepte des Diktaturvergleichs* (Paderborn u. a. 1996); *ders., Michael Schäfer* (Hrsg.), *Totalitarismus und Politische Religionen. Konzepte des Diktaturvergleichs, Bd. II* (Paderborn u. a. 1997); *Achim Siegel* (Hrsg.), *Totalitarismustheorien nach dem Ende des Kommunismus* (Köln 1998); *Klaus-Dietmar Henke* (Hrsg.), *Totalitarismus. Sechs Vorträge über Gehalt und Reichweite eines klassischen Konzepts der Diktaturforschung* (Dresden 1999).

³³ Zit. nach: *Der Tagesspiegel* (9. 11. 1999).

³⁴ Zum Folgenden auch: *Konrad H. Jarausch*, *Die DDR denken. Narrative Strukturen und analytische Strategien*, in: *Berliner Debatte INITIAL* (4/5 1995) 9–17.

³⁵ So argumentiert etwa Manfred Görtemaker: „Schon die bloße Anwesenheit sowjetischer Truppen gab dem SED-Regime die notwendige Stabilität, ohne die es schwerlich überdauern konnte.“ *Manfred Görtemaker*, *Geschichte der Bundesrepublik Deutschland. Von der Gründung bis zur Gegenwart* (München 1999) 720. Noch prononcierter Wilhelm Fricke: „Der Zusammenbruch des DDR-Sozialismus bedeutete letztlich das totale Desaster eines radikalen Versuchs, der Gesellschaft in einem Teil Deutschlands gegen ihren Willen ein ideologisch präformiertes System aufzuzwingen. Da diesem Versuch von Anfang an jede demokratische Legitimation mangelte [...], war das Scheitern historisch unausweichlich.“ *Wilhelm Fricke*, *Die Geschichte der DDR: Ein Staat ohne Legitimität*, in: *Eckhard Jesse, Armin Mitter* (Hrsg.), *Die Gestaltung der deutschen Einheit. Geschichte – Politik – Gesellschaft* (Bonn 1992) 41–72, hier 68.

³⁶ *Armin Mitter, Stefan Wolle*, *Untergang auf Raten. Unbekannte Kapitel der DDR-Geschichte* (München 1993).

Für beide Sichtweisen gibt es plausible Argumente. Wer sein Leben in der DDR verbracht hat und sich unbeschadet aller Kritik im einzelnen mit ihr grundsätzlich zu identifizieren bereit war, beharrt auch im nachhinein zumeist emphatisch auf dem Aufbruchcharakter der neuen Gesellschaft, die mit der verhängnisvollen Kontinuität habe brechen wollen, und findet „das Große Ja“ einer sozialistischen Alternative angesichts der politisch-sozialen Restaurationsbewegung des Bonner Staates bis heute plausibel³⁷. Die genetische Sicht begreift das „sozialistische Projekt“ als legitimen Versuch zur Konstruktion einer „historischen Alternative zu Imperialismus und Kapitalismus“ und argumentiert bevorzugt von der Ausgangslage her, von der „beispiellosen Radikalität des Zusammenbruchs“ und der „Ungeheuerlichkeit des verbrecherischen Unheils, das die Deutschen über die Welt gebracht“ hatten; „die aus beidem folgende Riesendimension der Aufgaben, die vor denen lagen, die es nun anders und endlich besser machen wollten: all das begünstigte das einfache Denken in wenigen, absolut verstandenen Kategorien. Zum „Großen Nein“, so argumentierte mit vielen anderen der DDR-Historiker Fritz Klein, „gehörte das Große Ja zur radikalen, Neubau von Grund auf versprechenden Alternative“, eben die Mitarbeit in der SED und ihrem Vorhaben, einen Neuen Menschen und ein Neues Deutschland zu schaffen³⁸. Eine solche Denkweise vom Anfang her betont die Offenheit der historischen Entwicklung, die in ein neutrales Gesamtdeutschland hätte münden können oder in einen besonderen deutschen Weg zum Sozialismus; sie erleichtert es, das erstaunliche Reformpotential der späten Ulbrichtjahre zu würdigen und die durchaus vorhandenen Ansätze, die staatliche Legitimationsbasis zu vergrößern, so in der Tauwetterphase 1956 oder nach dem Mauerbau 1961 und wieder in der Lockerungsphase nach dem Machtantritt Honeckers.

Teleologische Konzepte wiederum legen den Akzent auf die Strukturschwächen des Staates von Moskaus Gnaden, auf die systemspezifische Unmöglichkeit, politische Freiheit zu gewähren oder auch nur Elemente einer unkontrollierten Öffentlichkeit zuzugestehen. Sie bestreiten dem zweiten deutschen Staat mit dem Blick auf sein schmähliches Ende die gesellschaftliche Grundlegitimation und argumentieren, daß er zusammenbrechen mußte, sobald die Sowjetunion ihre militärische Unterstützung zurückzog. Aus einer vom Ende her denkenden Sicht treten vor allem die Krisensymptome des SED-Staates deutlicher hervor, die ein Teil der zeitgenössischen westlichen DDR-Forschung nicht hinreichend beachtet oder sogar hartnäckig ignoriert habe, und sie legen es nahe, die Ursachen für den schließlichen Zusammenbruch weit über die finale Krise hinaus in die Vergangenheit zurückzuverfolgen – etwa bis in die neue Verhärtung des Regimes gegen Mitte der siebziger Jahre oder bis in jene verhängnisvolle Konzeption einer „Ein-

³⁷ Fritz Klein, Drinnen und Draußen. Ein Historiker in der DDR (Frankfurt a.M. 2000) 8f. Weitere Beispiele bei: Thomas Grimm (Hrsg.), Was von den Träumen blieb. Eine Bilanz der sozialistischen Utopie (Berlin 1993).

³⁸ Klein, Drinnen und Draußen 8f.

heit von Wirtschafts- und Sozialpolitik“, die Honecker nach der Ablösung Ulbrichts ausrief³⁹.

III.

Doch erschöpft der ambivalente Charakter der DDR sich nicht in dem Set unterschiedlicher Deutungsmuster und Blickwinkel, unter denen sie sich erschließen läßt. Ein weiteres Bündel von Gegensätzen und Widersprüchen hält die realgeschichtliche Entwicklung des zweiten deutschen Staates selbst bereit. Eine mit dem wachsenden historischen Abstand immer deutlicher hervortretende Antinomie etwa steckt in der Spannung zwischen dem antifaschistischen Grundkonsens des SED-Staates und dem oft beklemmenden Maß an Übereinstimmung mit der NS-Diktatur vor allem im Bereich der politischen Kultur. Wie tief das Bewußtsein reichte, mit der DDR bei allen ihren Mängeln zumindest die größtmögliche Distanz zum NS-Regime gefunden zu haben, lehren zahllose autobiographische Äußerungen. Mit dem Verweis auf die Kraft des antifaschistischen Grundkonsenses beantwortete etwa Christa Wolf in der Wendezeit von 1989 die Frage, warum die Entstehung einer breiten Demokratiebewegung in der DDR so lange auf sich habe warten lassen: „Das hat ganz sicher mit der faschistischen Vergangenheit und mit der Teilung Deutschlands zu tun. Vor kurzem hat ein Regisseur von uns, Frank Beyer, dessen beste Filme in den sechziger Jahren verboten wurden, formuliert, warum diese Generation, zu der er und auch ich gehören, diese Bindungen an diesen Staat hatten. Weil wir als sehr junge Menschen, aufgewachsen im Faschismus, erfüllt waren von Schuldgefühlen und denen dankbar waren, die uns da herausgeholt hatten. Das waren Antifaschisten und Kommunisten, die aus Konzentrationslagern, Zuchthäusern und aus der Emigration zurückgekehrt waren und die in der DDR mehr als in der Bundesrepublik das politische Leben prägten. Wir fühlten eine starke Hemmung, gegen Menschen Widerstand zu leisten, die in der Nazizeit im KZ gesessen hatten.“⁴⁰ Derselbe Staat aber ging bis fast an sein Ende nahezu gleichgültig über den Holocaust hinweg, wertete das jüdische Opferschicksal zugunsten eines antifaschistischen Kämpfertums ab und beteiligte sich in seiner stalinistischen Frühzeit sogar an antisemitisch gefärbten Repressionskampagnen gegen „Zionismus“ und „Kosmopolitismus“, die zur Entmachtung, Einschüchterung und Flucht zahlreicher jüdischer Kommunisten und Gemeindemitglieder aus der DDR führten⁴¹. In Massenorganisationen wie den „Jungen Pionieren“ oder der FDJ waren Parallelen zu nationalsozialistischen Steuerungsmustern

³⁹ Hans Hermann Hertle, „Das reale Bild war eben katastrophal!“. Gespräch mit Gerhard Schürer, in: Deutschland Archiv 25 (1992) 1031–1039, hier 1037. Schürers Krisen-Analyse, in: ebd. 1112–1120.

⁴⁰ Christa Wolf, Schreiben im Zeitbezug, Gespräch mit Aafke Steenhuis, in: *dies.*, Reden im Herbst (Berlin Ost, Weimar 1990) 131–157, hier 135f.

⁴¹ Jeffrey Herf, Zweierlei Erinnerung. Die NS-Vergangenheit im geteilten Deutschland (Berlin 1998) 130ff.

ebenso spürbar wie beispielsweise in der Presselenkung⁴² oder in der Inszenierung von Aufmärschen und Propagandafeiern⁴³. Fatal erinnerte auch die „sozialistische Menschengemeinschaft“ an die nationalsozialistische „Volksgemeinschaft“, und in der kultischen Verehrung Stalins wiederholten sich die vertrauten Züge des um Hitler inszenierten Führerkultes.

Eine nicht geringere Spannung barg ein zweites Gegensatzpaar der DDR-Geschichte, das sich als Widerspruch von Aufbruch und Abschließung bezeichnen läßt und in sozialen Daten ebenso faßbar wird wie im Wandel der politischen Kultur und der dominanten Zeitstile zwischen den fünfziger und den achtziger Jahren. Die SBZ/DDR bildete in ihrer Frühzeit eine Umbruchsgesellschaft, die infolge von Flucht und Vertreibung, Enteignung und Diskriminierung nicht-bürgerlichen Schichten außerordentliche soziale Aufstiegschancen gewährte und unter partieller Entprofessionalisierung neue soziale Eliten und Dienstklassen schuf. Spätestens mit Beginn der siebziger Jahre aber kehrte sich dieser Trend zur Bildung einer neuen Intelligenz um, verstärkten sich die Tendenzen einer Selbstrekrutierung in den Führungsschichten der DDR und kam es zu einer „zunehmenden Schließung der Chancenstruktur in der DDR im Zuge der historischen Generationenfolge“⁴⁴; am Ende rangierte die soziale Aufstiegsmobilität der DDR unter der der Bundesrepublik⁴⁵.

Analog wurde die politische Kultur, aber auch das Alltagsleben in der DDR geprägt durch eine charakteristische Verkehrung des revolutionären Umgestaltungs-

⁴² „Entsprechend der Berliner Pressekonferenz im Dritten Reich gab es im Berlin der DDR eine Konferenz, die der Anleitung der Medien durch die Partei diente. Allerdings fand im Unterschied zur Presseanleitung im Nationalsozialismus diese nicht täglich, sondern wöchentlich am Donnerstag statt, und die Anweisungen wurden nicht als ‚Vertrauliche Informationen‘ und ‚Tagesparole‘ wie im Dritten Reich, sondern als ‚Argumentationen‘ bezeichnet.“ Roland Reck, Wasserträger des Regimes. Rolle und Selbstverständnis von DDR-Journalisten vor und nach der Wende 1989/90 (Münster 1996) 53.

⁴³ Winfried Ranke, Linke Unschuld? – Unbefangener oder unbedachter Umgang mit fragwürdig gewordener Vergangenheit, in: Dieter Vorsteher (Hrsg.), Parteauftrag: Ein neues Deutschland. Bilder, Rituale und Symbole der frühen DDR (Berlin 1997) 94–112. Eine entgegengesetzte These deutet die Festkultur der DDR als „Wiederinbesitznahme ureigener politischer Repräsentationskultur der Arbeiterbewegung, die von den Nationalsozialisten enteignet und politisch umfunktioniert worden war“; Monika Gibas, Rainer Gries, Die Inszenierung des sozialistischen Deutschland. Geschichte und Dramaturgie der Dezennienfeiern in der DDR, in: Monika Gibas u. a. (Hrsg.), Wiedergeburten. Zur Geschichte der runden Jahrestage der DDR (Leipzig 1999) 11–40.

⁴⁴ Martin Kohli, Die DDR als Arbeitsgesellschaft? Arbeit, Lebenslauf und soziale Differenzierung, in: Kaeble, Kocka, Zwahr (Hrsg.), Sozialgeschichte der DDR 31–61, hier 53.

⁴⁵ Zu den Hintergründen: Karl Ulrich Mayer, Heike Solga, Mobilität und Legitimität. Zum Vergleich der Chancenstrukturen in der alten BRD oder: Haben Mobilitätschancen zu Stabilität und Zusammenbruch der DDR beigetragen? (Berlin 1993); Heike Solga, Auf dem Weg in eine klassenlose Gesellschaft? Klassenlagen und Mobilität zwischen Generationen in der DDR (Berlin 1995); Arnd Bauerkämper, Kaderdiktatur und Kadergesellschaft. Politische Herrschaft, Milieubindungen und Wertetraditionalismus im Elitenwechsel in der SBZ/DDR von 1945 bis zu den sechziger Jahren, in: Peter Hübner (Hrsg.), Eliten im Sozialismus. Beiträge zur Sozialgeschichte der DDR (Köln, Weimar, Wien 1999) 37–65.

pathos der frühen Jahre in einen defensiven Erhaltungskonservatismus der Spätphase. Als bewußter Bruch mit der bisherigen Geschichte inszenierte der SED-Staat sich unter Ulbricht und ging noch in den sechziger Jahren daran, unersetzliche Bauwerke wie die Leipziger Universitätskirche und die Potsdamer Garnisonkirche im Namen des Fortschritts zu sprengen. „Fortschritt“ besaß in der frühen DDR mythische Qualität; er gab dem Bild des „Neuen Menschen“ Konturen; er verbürgte den Glauben, die Bundesrepublik wenn nicht ein-, so doch zu überholen. Der Glaube an die Allmacht der eigenen Kraft beflügelte Ulbricht auf der 2. Parteikonferenz der SED im Juli 1952 zu einem Satz, in dem der utopische Gehalt des stalinistischen Fortschrittsdenkens zum bündigen Ausdruck kommt: „Wir werden das Wort ‚unmöglich‘ aus dem deutschen Lexikon streichen!“⁴⁶ Drei Jahrzehnte später war dem Projekt Sozialismus diese Gewißheit längst abhanden gekommen und mit ihm die Mobilisierungs- und Integrationsmacht seiner Fortschrittsperspektive, die sich unter der Hand von der selbstbewußten Zukunftsbeherrschung zu einem fremdbestimmten Wettlauf mit den globalen Herausforderungen gewandelt hatte. Am Ende des zweiten deutschen Staates schließlich stand eine völlige Erstarrung des Zukunftskonzepts und hatte sich der verselbständigte „Fortschritt“ in einer Weise gegen die sozialistische Moderne gewandt, für die das Schicksal der ostdeutschen Mikroelektronik symptomatisch ist: Um den Preis zunehmender Staatsverschuldung und unter enormen finanziellen Anstrengungen aufgebaut, war sie am Ende trotzdem so unrentabel, daß die Herstellungskosten des in der DDR entwickelten 64- und 256-Kilobite-Chips schließlich in grotesker Disproportion zum Weltmarktpreis standen⁴⁷.

Nur kurz zu streifen ist ein weiterer Binnenwiderspruch des zweiten deutschen Staates, der sich als Paradoxon von Anerkennung und Agonie fassen läßt. Jahrzehntelang fürchteten die ostdeutschen Machthaber spätestens seit dem Abschied von der Hoffnung auf eine deutsche Wiedervereinigung unter sozialistischem Vorzeichen nichts mehr als die „Aggression auf Filzlatzchen“, das Eindringen des Feindes in der Maske des Freundes, der mit dem Willen zur Verständigung die legitimatorischen Grundlagen der eigenen Ordnung untergrabe. Auf der anderen Seite aber stand die von Jahr zu Jahr zunehmende internationale Anerkennung der DDR unter Honecker und ihre wachsende Einbeziehung in die politischen und kulturellen Agenden der westlichen Welt. Sie spiegelte im Selbstverständnis der SED-Führung die Anerkennung einer gefestigten Realität, an der nicht mehr vorbeizukommen war. Zwischen Annäherung und Abgrenzung blieb die Deutschlandpolitik des SED-Staates nicht nur in der Zeit der Entspannungspolitik so gefangen, wie am anschaulichsten der schließlich abgesagte SED-SPD-Redneraustausch von 1966 oder die deutsch-deutschen Treffen von Erfurt und Kassel 1970 vorführten⁴⁸. Je weiter der SED-Staat in seine finale Krise rutschte, desto hilfloser

⁴⁶ Ernst Wollweber, Aus Erinnerungen. Ein Porträt Walter Ulbrichts, in: Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung 32 (1990) 350–378, hier 357.

⁴⁷ Charles S. Maier, Das Verschwinden der DDR und der Untergang des Kommunismus (Frankfurt a.M. 1999) 138–145.

⁴⁸ Monika Kaiser, Machtwechsel von Ulbricht zu Honecker. Funktionsmechanismen der

stand die SED-Führung vor der Ambivalenz einer äußeren Anerkennung, die zugleich innere Destabilisierung bedeutete.

Eine besonders signifikante Paradoxie der DDR-Geschichte bildet der atemberaubend schnelle Umschlag von Stabilitätswahrnehmung in massenhafte Auflehnung im Laufe des Jahres 1989⁴⁹. Hatte die DDR mit dem Wechsel von Ulbricht zu Honecker 1971 nicht in den Augen so vieler Beobachter ihre flegelhafte kommunistische Pubertät überwunden und das Spottbild des sächselnden Diktators durch einen kompromißfähigen Machttechniker ersetzt? War sie nicht im Zuge ihrer wachsenden internationalen Anerkennung zu einem respektablen Partner der internationalen Gemeinschaft gereift, der die Reisemöglichkeiten spürbar erleichterte, das Leben in der Teilung normalisierte, dem strikten kulturellen Antiamerikanismus abschwor und sich schließlich in den achtziger Jahren sogar für eine deutsch-deutsche Sicherheitspartnerschaft anbot? Und hatte nicht Honeckers Staatsbesuch in Bonn 1987 die Tür zu einem gemeinsamen europäischen Haus aufgestoßen, für das die Bundesrepublik und die DDR gemeinsam tragende Pfeiler abgeben sollten?

Mit dem unverhofften Untergang der DDR änderten sich die Bewertungsmaßstäbe. Fast niemand hatte ihn vorausgesehen, aber rasch paßten sich die Sichtweisen aller an. Der für Freund und Feind überraschend gekommene Zusammenbruch des SED-Regimes demaskierte plötzlich als Verfall, was eben noch Aufstieg schien. Mit einem Schlage galt es Abschied zu nehmen von dem entspannungsfreundlichen Bild einer DDR, die sich in den achtziger Jahren sogar von dem Glauben abgekehrt hatte, daß der Sozialismus noch vor dem Frieden als das höchste Gut der Menschheit anzusehen sei⁵⁰. Binnen weniger Wochen sank der 1987 noch mit Achtung in Bonn empfangene SED-Chef zum verachteten Architekten des Stillstandes in einer reformunfähigen ‚Gerontokratie‘ herab, demgegenüber selbst noch sein Vorgänger als beweglicher Reformers erschien⁵¹. Über Nacht entpuppte sich die vermeintliche Stärkung durch Anerkennung, an die das SED-Regime geglaubt hatte, als Schwächung durch Ansteckung und der Wandel durch Annäherung als Aufbruch zum Untergang. Wirtschaftskrise und sowjetischer Beistandsverlust allein vermögen den radikalen Umschlag von Stabilität in Zusammenbruch kaum befriedigend zu erklären, der schließlich das Tempo des Wandels in der DDR von Jahren auf Tage und sogar Stunden beschleunigte. Keine der bekannten Großtheorien vermag plausibel zu erklären, daß das Ende der DDR durch eine Kette von Regime-Entscheidungen herbeigeführt wurde, die

SED-Diktatur in Konfliktsituationen 1962 bis 1972 (Köln, Weimar, Wien 1997) 233 ff. und 324 ff.

⁴⁹ *Sigrid Meuschel*, Legitimation und Parteiherrschaft in der DDR. Zum Paradox von Stabilität und Revolution in der DDR 1945 – 1989 (Frankfurt a.M. 1992) 305.

⁵⁰ „Heute gibt es nichts Wichtigeres, als über alle Gegensätze und Weltanschauungen, Ideologien und politische Ziele hinweg den Frieden zu bewahren“, erklärte Honecker im Herbst 1987 während seines Staatsbesuchs in der Bundesrepublik in einer Tischrede. Zit. n. *Winkler*, Der lange Weg nach Westen 456.

⁵¹ Hierfür steht etwa die Studie von *Kaiser*, Machtwechsel.

sämtlich auf Rettung der DDR zielten, und durch Akteure, die allesamt an den Fortbestand des zweiten deutschen Staates glaubten: Wer im Herbst 1989 um die Ausreise aus der DDR kämpfte, zweifelte nicht an ihrer Existenz; wer als Oppositioneller den Wandel forderte, kalkulierte nicht mit der Auflösung – und wünschte sie zumeist auch nicht; wer sich in der SED gegen die gerontokratische Führung zusammenfand, hoffte auf Erneuerung und nicht auf Untergang. Wie immer man die DDR zu verorten sucht, ihr Untergang bleibt einer der dramatischsten Fälle gegen-intentionalen Handelns in der deutschen Geschichte⁵².

IV.

Die Vermutung liegt nahe, daß all diese historischen Ambivalenzen auf eine gemeinsame Ursache zurückgehen, die in den strukturellen Widersprüchlichkeiten des Gegenstandes selbst zu suchen ist. Die DDR blieb bis zu ihrem Ende eine gesplante Gesellschaft, in deren tief eingeschriebener „Dichotomie von Offiziell und Persönlichem“ (Thomas Lindenberger) das stille Arrangement der Unterworfenen mit der Macht ebenso gedieh wie die Kunst des Lesens zwischen den Zeilen oder des „double think“ und des „double speech“, das George Orwell in seinem Roman „1984“ beschrieben hat. Die DDR war, wie Detlef Pollack zu Recht unterstrich, „eine in sich widersprüchlich, ja paradox strukturierte Gesellschaft“⁵³, die in ihrem Diktaturcharakter nicht aufging, und das Leben in ihr bewegte sich nicht nur zwischen den Polen von Anpassung und Widerstand. Auch nach über zehn Jahren teils erbitterter, teils einführender Auseinandersetzung bleibt die Frage offen, inwieweit die Verdammung des Systems auch die Biographien seiner Bürger entwertet oder nicht und es also ein richtiges Leben im falschen geben konnte oder nicht. Sie zwingt zu ambivalenten Antworten, die beides berücksichtigen: auf der einen Seite der Zwang zur Anpassung im „Ansteckungsstaat“⁵⁴, dem man nicht entkommen konnte, und auf der anderen Seite die Forderung nach dem aufrechten Gang auch in gedrückten Verhältnissen⁵⁵.

⁵² Pollack leitet den Untergang der SED-Herrschaft aus dem Zusammenwirken unabhängiger Kausalreihen ab, die er in den vier Bewegungen der Massendemonstrationen, der Bürgerrechtler, der Ausreiser und der innerparteilichen SED-Reformer identifiziert: *Detlef Pollack, Der Zusammenbruch der DDR als Verkettung getrennter Handlungslinien*, in: *Jaransch, Sabrow* (Hrsg.), *Weg in den Untergang* 41–81.

⁵³ *Pollack, Die konstitutive Widersprüchlichkeit* 129.

⁵⁴ *Charles S. Maier, Geschichtswissenschaft und „Ansteckungsstaat“*, in: *Geschichte und Gesellschaft* 20 (1994) 617–624.

⁵⁵ Es ist diese Crux, die dem Thema der „Inoffiziellen Mitarbeiter“ der Staatssicherheit im Nachhinein eine so anhaltend prominente Bedeutung verliehen hat. Vielfach waren die offiziellen Kontakte des MfS auch zum mittleren und unteren Führungspersonal in allen Sphären der DDR-Gesellschaft ungleich intensiver und ergiebiger als seine inoffiziellen Verbindungen, aber in der konspirativen Heimlichkeit der IM-Arbeit steckt von vornherein das Eingeständnis des Unlauteren, und dies erleichtert im Rückblick die allgemeine Ächtung des geheimen Zuträgers als moralischem Verräter.

Die Spannung zwischen zeitgenössischer Erfahrung und historischer Analyse ist in gewisser Hinsicht konstitutiv für jede Zeitgeschichte als Geschichte der Mitlebenden, wie es Hans Rothfels bei ihrer Begründung als eigenständige Disziplin in Deutschland formuliert hat⁵⁶. Die Geschichtsschreibung steht nach dem Ende der DDR mit der Aufgabe, den gegensätzlichen Perspektiven von Herrschaft und Gesellschaft, von Oben und Unten gerecht zu werden, vor einem nur schwer auflösbaren Widerspruch, den auch Etikettierungen der DDR als „politische“ oder „durchherrschte“ oder gar „stillgelegte Gesellschaft“ nicht wirklich aufzuheben vermocht haben⁵⁷. Dieses Dilemma hat zu der fruchtbaren Überlegung geführt, die Doppelperspektive von Oben und Unten mit dem Begriffspaar von „Herrschaft und Eigen-Sinn“ bzw. von „Herrschaft als sozialer Praxis“ zu erfassen⁵⁸. Aber droht ein solcher differenzierter Ansatz, der etwa das verbreitete Eingabenwesen im DDR-Alltag nicht nur als Herrschaftsinstrument, sondern auch als „Interaktionskanal zwischen Regierten und Regierenden“⁵⁹, als Sphäre einer wechselseitigen Instrumentalisierung von Staat und Bürgern zu verstehen erlaubt, bei aller Offenheit für das ambivalente Potential des Begriffs nicht umgekehrt den Zwangscharakter des SED-Staates strukturell unterzubewerten und die Differenz zwischen taktischer Anpassung und tatsächlicher Zustimmung zu verwischen⁶⁰? Man wird sich damit abfinden müssen, daß die DDR nicht auf einen einheitlichen Begriff zu bringen ist und ungeachtet aller analytischen Anstrengungen auch weiterhin im wechselnden Blickwinkel der Betrachter wechselnde Gestalt annehmen kann.

So monolithisch die politisch kontrollierte Fassade des SED-Staates nach außen und auch nach innen gewirkt haben mochte, so viele Risse wies das System unter der Oberfläche auf. Pollack hat aus sozialhistorischer Sicht die konstitutive Wi-

⁵⁶ Hans Rothfels, Zeitgeschichte als Aufgabe, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 1 (1953) 1–8.

⁵⁷ Zum Begriff der „politischen Gesellschaft“ als Ausgangspunkt einer „Herrschaftsgeschichte, die gleichzeitig Gesellschaftsgeschichte prägte und dominierte“: Schroeder, Der SED-Staat 630ff. Der von Alf Lüdtke geprägte Begriff der „durchherrschten Gesellschaft“ wurde insbesondere von Jürgen Kocka aufgenommen: Jürgen Kocka, Eine durchherrschte Gesellschaft, in: Hartmut Kaelble, Jürgen Kocka, Hartmut Zwahr, Sozialgeschichte der DDR (Stuttgart 1994) 547–553. Zur Debatte um die DDR als „stillgelegter Gesellschaft“ Sigrid Meuschel, Überlegungen zu einer Herrschafts- und Gesellschaftsgeschichte der DDR, in: Geschichte und Gesellschaft 19 (1993) 5–14; und dagegen: Ralph Jessen, Die Gesellschaft im Staatssozialismus. Probleme einer Sozialgeschichte der DDR, in: Geschichte und Gesellschaft 21 (1995) 96–110.

⁵⁸ Thomas Lindenberger, Die Diktatur der Grenzen. Zur Einleitung, in: ders. (Hrsg.), Herrschaft und Eigen-Sinn in der Diktatur. Studien zur Gesellschaftsgeschichte der DDR (Köln, Weimar, Wien 1999) 13–44.

⁵⁹ Steffen Elsner, Flankierende Stabilisierungsmechanismen diktatorischer Herrschaft: Das Eingabenwesen in der DDR, in: Stefan Hornbostel (Hrsg.), Sozialistische Eliten. Horizontale und vertikale Differenzierung in der DDR (Opladen 1999) 75–86, hier 85.

⁶⁰ Felix Mühlberg, Wenn die Faust auf den Tisch schlägt. Eingaben als Strategie zur Bewältigung des Alltags, in: Neue Gesellschaft für Bildende Kunst (Hrsg.), Wunderwirtschaft. DDR-Konsumkultur in den 60er Jahren (Köln, Weimar, Wien 1996) 175–184.

dersprüchlichkeit der DDR auf sieben ineinander verschränkte Konfliktlinien zurückgeführt, in denen sich die Spannung von totaler staatlicher Homogenisierung und gesellschaftlicher Behauptung austrug⁶¹. Unter herrschaftslegitimatorischen Aspekten ist es ein anderes Gegensatzpaar, das die DDR strukturell prägte: die Spannung zwischen Zwang und Konsens, zwischen Ausnahmezustand und Normalität. Unzweifelhaft war der SED-Staat ein Staat der Repression. Das freundliche Gesicht des Kochbuchautors Markus Wolf und die kleinbürgerlich-behäbigen Mienen der alljährlich zur Berliner Luxemburg-Liebke-Demonstration am Friedhof der Sozialisten huldvoll in die defilierende Menge winkenden Politbüro-riege verdecken allzu leicht, mit welcher Entschlossenheit die kommunistische Parteiführung ihren Machtanspruch zu exekutieren wußte, mit welcher Härte sie politischen Widerstand überwand, ideologische Vorgaben umsetzte und der Realisierung ihrer politischen Utopie Bahn brach. Von der Ausschaltung der Sozialdemokratie in der SED als Partei neuen Typs über den 17. Juni 1953 und den Mauerbau von 1961 bis hin zu der Weisung Erich Mielkes an seine Sicherheitsorgane am 7. Oktober 1989, rücksichtslos mit den demonstrierenden Ausreisern und Ausreisern aufzuräumen, durchzieht Gewalt die Geschichte der DDR, deren effiziente Anwendung ein hochorganisierter politischer und geheimdienstlicher Steuer- und Kontrollapparat regelte.

Und dennoch gilt auch für die DDR Talleyrands Satz, daß man mit Bajonetten vieles tun kann, aber nicht auf ihnen sitzen. Zweifellos bildete auch der SED-Staat eine Gesellschaft mit spezifischer „DDR-Identität“ aus. Offenbar besaß die DDR auch jenseits des ideologisch gefestigten Kerns der Parteimitgliedschaft und des mit den Jahren verblassenden Mythos des Antifaschismus eine Binnenlegitimation, die ihre vierzigjährige Existenz überhaupt erst erklärbar macht. Womöglich noch bedeutsamer als die bewußte ideologische Zustimmung erscheint hierbei das schwer faßbare Zwischenreich an Einstellungen und Wertmustern, das die weitgehend geschlossene Denkwelt des Staatssozialismus ausprägte und das sich als sozialer Raum vorbewußter Akzeptanz und vorbewußter Gemeinsamkeiten definieren läßt⁶². Soziale und kulturelle Homogenisierung bei gleichzeitiger identitätsbildender Fixierung auf das westliche „Andere“ als erklärtes Feind- und heimliches Leitbild beförderten die Konstruktion einer politischen Zielkultur eigener Art, in der *in extremis* die tradierten Gegensätze von Gut und Böse, Recht und Unrecht ebenso aufgehoben sein konnten wie etwa im Bereich der Historie die

⁶¹ Pollack nennt als Spannungslinien: „1. Politische Homogenisierung und funktionale Differenzierung“, „2. Politisches Versorgungssystem und individuelles Selbstinteresse“, „3. Westabschottung und Westorientierung“, „4. Formalität und Informalität“, „5. Fortschrittsorientierung und Fortschrittskritik“, „6. Traditionsbruch und Traditionsbewahrung“, „7. Der Repressionsapparat und die Grenzen seiner Anwendbarkeit“. Pollack, *Die konstitutive Widersprüchlichkeit* 115 ff.

⁶² Wilfried Thaa, *Die Wiedergeburt des Politischen. Zivilgesellschaft und Legitimitätskonflikt in den Revolutionen von 1989* (Opladen 1995) 67 und 148 ff. Zum (zwangs-)konsensuellen Legitimationscharakter kommunistischer Diktaturen: Sabrow, *Der künstliche Konsens*.

„Vetokraft der Quellen“ durch den Konsens der Historiographen⁶³. In der Erzeugung, Vorspiegelung und Erzwingung einer nach innen homogenisierten und nach außen abgeschlossenen Sinnwelt, die individueller Infragestellung nicht oder kaum zugänglich war und in der die parteimarkistische Staatsideologie ihre Überzeugungskraft überhaupt erst entfalten konnte, lag womöglich eins der wichtigsten Geheimnisse der inneren Stabilität der SED-Diktatur und ihrer allmählichen Veralltäglichsung im Übergang von einem Ausnahmezustand der akuten Gewalt hin zu einer Normalität der strukturellen Gewalt⁶⁴.

Einen anderen Ausdruck findet der Widerspruch von Zwang und Konsens in dem eigentümlichen Verhältnis von Wissenschaftlichkeit und Gläubigkeit, das den ideologischen Charakter der DDR prägte. Ein grellerer Gegensatz ist kaum denkbar als der zwischen dem kritischen Erkenntnisanspruch des Hegel-Schülers Karl Marx, der entschieden kein „Marxianer“ sein wollte, und dem erstarrten Dogmatismus seiner vorgeblichen Adepten in der DDR, die in vielen Kämpfen mit intellektuell meist weit überlegenen und des „Revisionismus“ bezichtigten „Abweichlern“ die Herrschaftsnatur der geltenden Erkenntnis demonstrierten⁶⁵. Die behauptete Wissenschaftlichkeit der SED-Diktatur und ihrer Politik blieb über vierzig Jahre hinweg ein entscheidender Reibungspunkt auch und gerade für loyale Systemeliten, die sich abmühten, die nicht selten abrupt schwankende Haltung ihrer Führung mit wissenschaftlichen Argumenten zu vermitteln oder auch nur selbst nachzuvollziehen. Vom ersten bis zum letzten Tag blieb der ostdeutsche Staatssozialismus im Dilemma einer politischen Kultur gefangen, die kritisches Bewußtsein zugleich verlangte und unterdrückte⁶⁶.

⁶³ Vgl. hierzu *Martin Sabrow*, Das Diktat des Konsenses. Geschichtswissenschaft in der DDR 1949–1969 (München 2001).

⁶⁴ Ähnlich Maier, der den „Konsens, auf den sich der Kommunismus in Osteuropa offensichtlich berufen konnte“, auf etwas zurückführte, „was wir vielleicht eingeschränktes Bewußtsein nennen können“. *Maier*, Das Verschwinden der DDR 112f.

⁶⁵ Ein besonders sprechendes Beispiel liefert hier der Fall des Wirtschaftshistorikers Jürgen Kuczynski, der seine innerparteilichen Gegner in einem jahrelangen Ringen um den Charakter der historischen Parteilichkeit zu der bemerkenswerten Äußerung trieb: „Die Genossen sind noch jung. Sie können ihre Meinung noch nicht so fundiert darlegen wie Genosse Kuczynski. [...] Unser Ziel ist doch gar nicht, den Genossen Kuczynski zu erschlagen, sondern ihm zu helfen, daß es nur darum geht, ihm zu zeigen, wo er keine richtige Meinung hat.“ Zit. n. *Martin Sabrow*, Das Diktat des Konsenses. Geschichtswissenschaft in der DDR 1949 – 1969 (München 2001) 364.

⁶⁶ Wie wenig freilich dieser Widerspruch in der Sinnwelt der Herrschenden zutage lag, führte in besonders eindrucksvoller Weise der für Fragen der Ideologie zuständige ZK-Sekretär Kurt Hager vor, als er 1982 auf einer FDJ-Konferenz über die Bedeutung des von Bertolt Brecht gepriesenen Zweifels sprach: „Ich bin der Meinung, man soll nicht an allem zweifeln. Man soll an unserer Weltanschauung nicht zweifeln, man soll an unserer Politik nicht zweifeln. Denn, wenn man zweifelt, kann man sie ja gar nicht verwirklichen.“ Zit. n. *Jürgen Kuczynski*, Ein Leben in der Wissenschaft der DDR (Münster 1994) 14. Zum Widerspruch von Innovation und Traditionalismus im marxistisch-leninistischen Gedankengebäude: *Lothar Fritze*, Täter mit gutem Gewissen. Über menschliches Versagen im diktatorischen Sozialismus (Köln, Weimar 1998) 125 ff.

Die vielleicht verstörendste Antinomie des zweiten deutschen Staates aber steckt in der Beziehung von Wahrheit und Lüge, die sich aus ihrer politisch erzwungenen Abgeschlossenheit ergab. Als „Versuch, in der Wahrheit zu leben“, hat Vaclav Havel seine Bemühungen überschrieben, dem Bemächtigungsanspruch der Herrschenden eine unzerstörbare Gewißheit entgegenzusetzen, an die sich seine oppositionelle Haltung zu klammern vermochte⁶⁷. Dieser Glaube gab ihm Mut. Aber er beruhte auf einer Illusion. In einem „vollständig entwirklichten Denken“ könne es zu einem Konflikt zwischen Selbsttäuschung und Wirklichkeit gar nicht mehr kommen, bemerkte Hannah Arendt einmal⁶⁸ und beschrieb damit die Fähigkeit von Weltanschauungsdiktaturen, neue Wirklichkeitsbestimmungen zu schaffen, die so geschlossen sind, daß sie ihre eigenen Plausibilitätsstandards und ihre eigenen Kriterien zur Unterscheidung von wahr und unwahr, richtig und falsch in sich tragen. Nicht in der Verführungskraft der kommunistischen Ideologie oder in der Gewaltstruktur der Parteiherrschaft liegt daher das tiefste Geheimnis der SED-Diktatur. Es verbirgt sich vielmehr in dem paradoxen Umstand, daß auch eine nach außen hin so kümmerlich und unansehnlich wirkende Minderheitsdiktatur wie die der SED unter Ulbricht und Honecker in ihrer Veralltäglichsung von der Bindungskraft einer oktroyierten Wirklichkeit zu profitieren vermochte, die nicht nur die Beherrschten, sondern auch ihre Herrscher band.

⁶⁷ *Vaclav Havel*, Versuch in der Wahrheit zu leben (Reinbek bei Hamburg 1989).

⁶⁸ *Hannah Arendt*, Wahrheit und Lüge in der Politik (München 1972) 32 f.